

tigen kann. Dagegen gibt es sehr stichhaltige Gründe, die für eine äußerst positive Wirkung bei einseitigen Schritten zur Abrüstung sprechen.

2. Der Rüstungswettlauf ist bereits unabhängig von einer kommenden Anwendung der Waffen in sich ein großes Unrecht. Er bewirkt bereits jetzt durch den falschen Einsatz vorhandener Mittel den Tod vieler Menschen, die im Elend leben. – Die Entscheidung zur Abrüstung hingegen wäre schon in sich eine hohe moralische Tat, sie würde in jedem nur denkbaren Fall positive Auswirkungen haben.

3. Die Gegenprobe zeigt, daß der Rüstungswettlauf einem katastrophal-gefährlichen Denken entspringt. Im denkbar schlechtesten Fall führt es zum Selbstmord der ganzen Menschheit. Bei der Abrüstung hätte man jedoch auch im unwahrscheinlichsten und allerschlimmsten Fall nur mit relativen Übeln zu rechnen.

Angesichts dieser drei sehr eindeutigen Ergebnisse kann man nur staunen, daß heute in der großen Öffentlichkeit die blinde und katastrophal-gefährliche Verteidigung des Rüstungswettlaufes allein als realistisch hingestellt wird, während man gleichzeitig alles versucht, die unter jeder Rücksicht einzig sachliche Option als gefährlichen Utopismus zu brandmarken. Diese totale Verkehrung beweist jedoch nur einmal mehr, daß das vatikanische Dokument mit seiner Aussage recht hat, der Rüstungswettlauf führe zu einer »Art kollektiver Hysterie.« Bereits jetzt werden die fundamentalen Tatsachen verkehrt. Gegen ein Umdenken spricht nur das eine: die Macht der Gewohnheit. Diese hat aber schon viele Völker in die Katastrophe hineingetrieben. Deshalb muß man der Folgerung des römischen Dokuments voll zustimmen, die lautet: »Dem Beispiel des Stellvertreters Christi folgend müssen die Christen – sei es gelegen oder ungelegen – diese wissenschaftliche Vorbereitung der Menschheit auf ihren eigenen Tod anprangern.« Nehmen sich die Christen diese Aufforderung zu Herzen, dann besteht die große Hoffnung, daß entscheidende Kursänderungen doch noch rechtzeitig herbeigeführt werden können.

Dreißig Jahre danach: Die Einheit Europas

Gesehen aus niederländischer Sicht

Von Frans A. M. Alting von Gensau

Zu sprechen ist mit Bedacht von der *Schaffung* und nicht vom Aufbau eines neuen Europas. Bauen, aufbauen besagt, die Bestandteile an dem ihnen zgedachten Platz zusammenzustellen. Es setzt Ordnung, einen Baugrund voraus. Das war nicht die Lage, in der sich Europa damals, drei Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, befand. Europa lag immer noch in Ruinen, bildete immer noch ein Chaos. Aus diesem Chaos heraus war das neue Europa zu schaffen.

Diese Unterscheidung ist wichtig für unsere heutige Beurteilung. Diejenigen von uns, die Europa als einen Bauplatz zum Aufbau der Vereinigten Staaten Eu-

ropa ansahen, sind heute tief enttäuscht, da seine Bestandteile noch nicht an ihrem Platz zusammengefügt sind. Ihnen kommt es sogar vor, die ursprünglichen Baupläne seien aufgegeben worden.

Realistischer ist es, die Schaffung eines neuen Europas als einen fortwährenden Schöpfungsakt zu betrachten, als den Prozeß, der uns Europäer mit einem neuen Lebensodem durchdringt. So gesehen, entwarf die Versammlung von 1948 nicht Pläne, die dann ausgeführt werden sollten; sie stellte die verschiedenen, oft divergierenden Ideale zusammen, welche die Europäer anzustreben wünschten. Diese Ideale waren in der Tat mannigfaltig. Einige sahen in einem europäischen Bundesstaat ein Mittel, um den europäischen Nationalismus zu überwinden, der zu Chaos und Krieg geführt hatte. Andere blickten nach einem neuen Europa aus, worin es den Regierungen verwehrt wäre, Grundrechte des Menschen zu verletzen. Andere hinwieder hielten nach einem neuen Regionalstaat Ausschau, der die führende Rolle, die von den früheren Großmächten Europas verspielt worden war, in der Weltpolitik zurückgewinnen könnte. Es gab auch Staatsmänner, die es als ihre dringende Aufgabe ansahen, die Kräfte – miteinander und mit den Vereinigten Staaten – zu vereinen, um eine weitere Ausdehnung der sowjetischen Hegemonie über Europa zu verhindern. Und nicht zuletzt wurde die Verschmelzung konkreter Interessen als ein Schritt angesehen, der der Zurückgewinnung und Mehrung der materiellen Wohlfahrt dienen sollte.

Es darf auch nicht unerwähnt bleiben, daß diese Ideale, die man in Westeuropa in Freiheit anstrebte, für unsere osteuropäischen Brüder und Schwestern ein Zeichen der Hoffnung waren und sind, daß der Terror, dem sie von Moskau unterworfen worden sind, einmal ein Ende haben wird.

Wenn ich eine Bilanz ziehen soll, so möchte ich gerne prüfen, wie weit diese mannigfachen Ideale und Ziele erreicht worden sind ... und weshalb Europa heute mehr zu ungelösten Problemen verdammt ist als mit schöpferischem Geist gesegnet wurde.

Bewertungskriterien

So wie ich es sehe, bildet Europa eine durch seine geographische Lage und kulturelle Eigenart abgegrenzte Region unter mehreren Weltregionen. Seine politische Geschichte wird geprägt durch den erfolgreichen Widerstand gegen jeden Versuch, es unter die Herrschaft einer einzigen Macht – sei diese nun die der Päpste oder die der Kaiser, die Frankreichs oder die Deutschlands – zu bringen. Das beständige Ringen unter den europäischen Völkern hat in unserem Jahrhundert seine Kraft so erschöpft, daß seine Angelegenheiten nach dem Zweiten Weltkrieg schließlich ungerechtfertigterweise von zwei außerkontinentalen »Reichen« bestimmt werden: von der sowjetischen Hegemonie im Osten und der amerikanischen Schutzmacht im Westen. Die früheren europäischen Großmächte wurden in die Rolle zweitklassiger, kleiner, regionaler Mächte zurückgedrängt und gezwungen, nach einer Zusammenarbeit zwischen ihnen und mit noch kleineren Staaten zu suchen.

In ihrer langen Geschichte blutiger Konflikte haben die europäischen Mächte über die Europäer und die Menschheit unsäglich viel Leid gebracht trotz der

christlichen Werte, von denen sie sich inspirieren ließen und aus denen einige von ihnen lebten. Sie haben der nationalen Souveränität gehuldigt, den Virus des Nationalismus ausgebrütet und verbreitet, die Menschenrechte verletzt und vor-sätzliche Genozide begangen – ungeachtet der Werte und Grundsätze, die von ihren Philosophen proklamiert wurden.

Mehr durch eigenes Verschulden als durch das sogenannte Diktat von Jalta wurde Europa geteilt und machtlos.

Das neue Europa, das wir anstreben – und darüber sind wir uns alle einig – ist ein geeintes Europa. Hüten wir uns jedoch vor bequemen Schlagwörtern! Wir erstreben die Einheit nicht um ihrer selbst willen, sondern stets als ein Mittel, damit wir leichter imstande sind, einige grundlegende gemeinsame Ziele zu erreichen und einige Grundwerte zu bewahren, wiederherzustellen oder zu fördern.

Wie die Geschichte uns lehrt und der Ausdruck *foederatio* betont, ist das dringendste Ziel, dem Einheit dienen soll, Überleben und Sicherheit gegenüber einer möglichen oder tatsächlichen Bedrohung. Obwohl also die Bedrohung unserer Sicherheit uns gedrängt haben mag, die europäische Einheit anzustreben, so ist es uns doch nie in erster Linie um Überleben und Sicherheit gegangen, und zwar nicht, weil unsere Sicherheit nicht bedroht gewesen wäre, sondern weil sie im weiteren atlantischen Rahmen besser sichergestellt werden konnte. Sicherheit war nie ein Ziel an sich für die Einigung Europas.

Ein weiteres Anliegen, dem ein geeintes Europa dienen soll, könnte darin bestehen, den Einfluß Europas auf die Welt zu steigern, doch – muß man sich fragen – wozu? Wir Europäer sind uns in der Antwort auf diese Frage nicht einig. Diejenigen von uns, die den kleineren Nationen Europas angehören, sind nicht darauf erpicht, das Werden einer großen europäischen Nation zu erleben, die imstande wäre, in der ganzen Welt eine Rolle zu spielen oder in weit abliegende Konflikte einzugreifen, und noch weniger das Entstehen eines geeinten Europas, das die einem solchen Status entsprechenden Waffen besitzen würde.

Ist die Einigung Europas ein für die Weltordnung unerläßlicher Faktor? In vielen offiziellen Dokumenten und europäischen Verlautbarungen wird diese Frage bejaht. Das Argument dafür gründet auf einer *e contrario*-Überlegung: Da die Uneinigkeit unter den europäischen Nationen soviel Unordnung in die Welt hineingebracht hat, wird die Einheit Europas mehr Ordnung in sie bringen. Das zählt nicht. Die Geschichtsperiode, in der Europa die Weltgeschichte entscheidend beeinflussen konnte, ist vorbei.

Jean Monnet prägte einmal den Satz: »Wir verbinden nicht Staaten, wir einigen Menschen.« Oder um dies auf unsere Weise zu sagen: Wir erstreben letzten Endes ein geeintes Europa als ein Mittel, um einige Grundwerte zu bewahren und zu fördern, die den Europäern gemeinsam sind und von den Mächtigen so oft verletzt werden. Um diese Werte zu bewahren, ist von uns gefordert, nach einem geeinten Europa zu suchen (aber nicht um jeden Preis und in beliebiger Form), das seiner Struktur nach föderativ und seinem Charakter nach demokratisch ist. Vielleicht ist es gut, einige dieser Werte anzuführen, die zu behüten und zu fördern wichtig ist:

– die Völkerversöhnung zwischen Staaten, die während langer Zeit um die Herrschaft über den Kontinent Krieg geführt und gekämpft haben;

– die Respektierung und Förderung der menschlichen Grundrechte und die Freiheit für alle:

– die Förderung der sozialen Gerechtigkeit;
 – die Verpflichtung auf ein Regierungssystem, das als pluralistische Demokratie auf heute bezogen ist und worin der Mißbrauch durch »checks and balances«-Mechanismen (ausgewogenes System von abgegrenzten Kompetenzen), freie regelmäßige Wahlen und Überwachung durch das Parlament verhütet werden kann; worin ferner die Machthaber ebenfalls dem Gesetz unterstehen. Wir dürfen nicht übersehen: Das beharrliche Verlangen der Machthaber, sich selbst von der Verpflichtung auf das Gesetz zu befreien und das Gesetz als Herrschaftsinstrument zu gebrauchen, äußert sich ebensosehr nach innen in der Doktrin der »Staats suprematie« wie nach außen in der Doktrin der Staatssouveränität.

– Verpflichtung auf ein Wirtschaftssystem, das die Wohlfahrt aller sichert, die Eigeninitiative respektiert und dafür sorgt, daß die Erde wohnlich bleibt. Auch hier möchten wir wieder einen Aspekt besonders betonen: In unseren hochindustrialisierten Gesellschaften erfordert dies immer mehr, daß an die Stelle der Ideologie des Wirtschaftswachstums der Grundsatz der Selbstbeschränkung gesetzt wird.

– die Respektierung der kulturellen Eigenart Europas, die über die Staatsgrenzen hinausgeht und von anderen Zivilisationen verschieden, doch mit ihnen im Gespräch ist;

– eine wesentliche Beteiligung an der Verantwortung für die Schaffung einer Gesellschafts-, Wirtschafts- und internationalen Ordnung, in der die Grundrechte des Menschen sich verwirklichen lassen. Diese Verantwortung verpflichtet natürlich auf die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und namentlich auf die Prinzipien der Toleranz, der Zusammenarbeit und der friedlichen Lösung internationaler Konflikte.

Die obigen Werte – die Liste ist keineswegs vollständig – bilden das Instrumentar von Kriterien zur Beurteilung der nun dreißig Jahre währenden Bemühungen um die Einigung Europas.

Einem neuen Europa entgegen: die Werte, die wir zu fördern suchen

»Der Leitgedanke von Widerstandsbewegungen«, schrieb Jean Laloy, »war ein politisch-moralischer: der Geist der Versöhnung.«¹ Von diesem Geist ließen sich die frühen Bemühungen um die Einheit Europas leiten. In seiner Erklärung vom 9. Mai 1950 sagte Robert Schuman: »Die Einigung der europäischen Nationen verlangt, daß die uralte Opposition zwischen Frankreich und Deutschland aufgehoben werde.« Zweifellos hat seine Initiative auf die Entwicklung Westeuropas einen dauernden Einfluß ausgeübt.

Auf die Schaffung der Europäischen Kohle- und Stahlgemeinschaft sind zwar bis jetzt nicht die weiteren Schritte zur Einheit erfolgt, die ihre Initianten erhofften, doch läßt sich nicht leugnen, daß an die Stelle der uralten Opposition zwischen Frankreich und Deutschland Zusammenarbeit und intensive Beziehungen auf allen Ebenen getreten sind.

¹ Foreign Affairs 1972, Bd. 51, S. 154.

Zwei Bemerkungen dazu, damit wir diese Errungenschaft in der richtigen Perspektive sehen.

Erstens: Die Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland erfolgte im Rahmen des Kalten Krieges zwischen Osten und Westen. Dieser umfassendere Konflikt machte die Versöhnung zu einer politischen Notwendigkeit und ließ die uralte Opposition zu einem Relikt der Vergangenheit werden.

Zweitens: Die weiterdauernde Spaltung zwischen Ost- und Westeuropa zeigt, wie viel noch zu tun bleibt. Das Ringen zwischen dem Geist der Versöhnung und dem Dämon der Ideologie ist noch nicht entschieden. Wie dieses Ringen ausgeht, ist unsere Verantwortung und unsere Sorge. Unsere Verantwortung und unsere Sorge: Unsere Verantwortung, denn der Dämon der Ideologie ist entfesselt worden gerade durch die Opposition – und die daraus hervorgehenden Weltkriege –, über die wir nun hinausgelangt sind. Unsere Sorge wegen des unannehmbaren Schicksals, dessen Opfer ein Teil von Europa immer noch ist, und wegen der beständigen Gefahr, der Westeuropa immer noch ausgesetzt ist.

Der Haager Kongreß von 1948 war mit Recht der Ansicht, daß das Festhalten an den Grundrechten des Menschen der Kernpunkt unserer Bemühungen um ein geeintes Europa zu sein hat. Diese Rechte sollten in einem rechtsverbindlichen Vertrag festgelegt werden. Ihre Wahrung sei von einem übernationalen Gerichtshof zu gewährleisten, an den Einzelpersonen und Gruppen gelangen könnten.

Die Staaten, die dem Europarat angehören, haben diesbezüglich beträchtliche Fortschritte gemacht. Die Europäische Menschenrechtskonvention, die 1950 unterzeichnet wurde, ist eine einzigartige Errungenschaft, zu der nirgends auf der Welt ein Gegenstück besteht. Und doch bleibt noch viel zu tun. Erstens blieb die Konvention bis anhin ein Separatunternehmen, das in den Einigungsprozeß nur ungenügend integriert ist. Zweitens müssen die Vorkehrungen, um ihre Beachtung zu erzwingen, verstärkt werden. Drittens werden die Grundrechte des Menschen in Osteuropa weiterhin verletzt; die ein Jahr alte Belgrader Konferenz zur Überprüfung der Einhaltung des Schlußabkommens von Helsinki hat gezeigt, wie viel noch zu tun bleibt. Auch hier wieder ist die Förderung der Menschenrechte in Europa unsere Verantwortung und unsere Sorge zugleich. Unsere Verantwortung: denn wir alle tragen die Last der unvorstellbaren Verletzung der Menschenrechte während des Zweiten Weltkriegs und deren Folgen. Unsere Sorge: infolge der fortdauernden inneren und äußeren Bedrohung, die von der totalitären Herrschaft und Subversion ausgeht.

Der Haager Kongreß hatte ebenfalls recht, wenn er die Existenz eines demokratischen Europas als eine Voraussetzung für die Wahrung der Grundrechte des Menschen ansah. Selbstverständlich ist es am Platz, daß der Europarat eine Erklärung über pluralistische Demokratie in Europa erließ, aber haben diese Männer die ursprüngliche und ihre eigene Forderung beachtet? Der Europarat einigte sich schließlich über die Daten für die Direktwahlen ins Europäische Parlament, doch war der Weg zu diesem Beschluß gewunden und lang. Ein direkt gewähltes Europaparlament ist nur ein Schritt zu einem demokratischen Europa. Ein wirklich demokratisches Vielparteiensystem für Europa muß erst noch geboren werden aus – oder vielleicht neben – den gegenwärtigen losen, unzusammenhängenden europäischen Parteirichtungen. Doch ein noch wichtigerer Umstand ist der, daß die Verfassungs-

ordnung der Europäischen Gemeinschaft keineswegs demokratisch ist. Die meiste Gewalt liegt beim Ministerrat und entzieht sich der demokratischen Kontrolle. Die Europäische Kommission ist ein dermaßen getreues Spiegelbild der um den Staat kreisenden politischen Struktur der Mitgliedstaaten, daß die Vollmacht des Parlaments, ihre Mitglieder zu entlassen, eine Utopie ist. Überdies verfügt das Europäische Parlament nicht über soviel Macht, Gesetze zu geben und das Budget zu überprüfen, daß man von einer demokratischen Ordnung sprechen könnte. Diesbezüglich hat die Europäische Gemeinschaft seit den frühen sechziger Jahren eher Rückschritte als Fortschritte gemacht. Mit dem Angriff des früheren Präsidenten de Gaulle auf die Gemeinschaft ist die Doktrin der nationalen Souveränität wieder zur Vorherrschaft gebracht worden. Die Krise, die dieser Angriff in den Mitgliedstaaten hervorrief, ist noch nicht überwunden. Und leider hat weder die französische noch die englische Regierung zu ihrer Überwindung viel beigetragen.

Wir sollten das Bedenkliche dieser erneuerten Zustimmung zur Doktrin der nationalen Souveränität nicht unterschätzen. Wie bereits gesagt, betrachte ich sie als Ausdruck des Verlangens der Machthaber, sich selbst von der Verpflichtung auf das Gesetz zu befreien. In diesem Fall handelt es sich bei dieser »Gesetzesbestimmung« nicht einfach um eine ersehnte gesetzliche Bestimmung, sondern um ein bestehendes europäisches Gesetz, das von den Staaten, deren Regierungen es nun untergraben, freiwillig angenommen worden ist. Die separate Struktur – die sogenannte »Europäische politische Zusammenarbeit« –, die jetzt wie ein Unkraut um die alten Staaten herumwuchert, hat die Lage sicherlich nicht verbessert. Weder das Zwitterding des »Europarates« mit seinen unbestimmten Gewalten und unklaren Entscheidungen (sofern er überhaupt solche trifft) noch die Geheimgesellschaft von Sekretären, die unter seiner Ägide arbeiten, lassen sich als einen Beitrag zu einem demokratischen geeinten Europa bezeichnen.

Nicht nur ist eine pluralistische Demokratie auf europäischer Ebene im Grunde nicht vorhanden; sie ist auch in den verschiedenen Mitgliedstaaten bedrohlich untergraben – und beides ist nicht ohne Zusammenhang miteinander. Ich will dazu nur zwei Beispiele erwähnen. Erstens verstärkt die zunehmende Interdependenz das Unvermögen der nationalen Regierungen, sich mit wirtschaftlichen und sozialen Problemen wirksam auseinanderzusetzen. Da die Regierungen den offensichtlich vernünftigen Schritt zu einer größeren Einheit Europas nicht tun wollen, geben sie dem unvermeidlichen bürokratischen Hang nach, ihre eigene Gewalt und ihre Interventionsmacht im eigenen Land zu stärken. Zweitens wird die um den Staat kreisende Struktur Europas sowohl von den »Europäern« als auch von den Verfechtern der regionalen Autonomie gefordert. Eine angemessene Lösung für regionale Autonomie erheischt eine europäische Lösung für eine demokratische Regierung. Die beiden Beispiele kommen wohl zu dem hinzu, was ich oben ausgeführt habe. Das Festhalten an der Doktrin der Staatssouveränität trägt dazu bei, daß man zur Doktrin von der Suprematie des Staates Zuflucht nimmt. Beide Doktrinen zusammen bilden eine sehr ernste Gefahr für die Demokratie und die Menschenrechte.

Wie uns allen bekannt ist, lautet der Name der Straße, die von den europäischen Regierungen zur Erreichung eines geeinten Europas begangen worden ist, »Prozeß der Wirtschaftsintegration«. Diejenigen, die sich für diesen Weg entschieden,

waren fest davon überzeugt, daß die Wirtschaftsintegration, die Verschmelzung konkreter Interessen und ein gemeinsamer Markt schon kraft des Zwangs expansiver Logik der Mitgliedstaaten einem vereinten Europa entgegentreiben würden. Nun aber gewahren wir, daß dieser Prozeß nicht die Übereinkunft über die von einem vereinten Europa zu erreichenden Ziele zu ersetzen vermag und daß er ein eventuelles Einvernehmen über sie nicht erleichtert.

In diesem Zusammenhang möchte ich das Augenmerk auf die Werte richten, die wir im Wirtschaftssystem eines geeinten Europas zu fördern wünschen. Sie sind die Schilder, die den eben genannten Weg markieren. Bis heute haben wir den Aspekt der wirtschaftlichen Werte, die in einem geeinten Europa zu fördern sind, stark außer acht gelassen. Bei der Durchsicht der drei Gemeinschaftsverträge und der seither getroffenen Maßnahmen ragen folgende Werte als besonders wichtig heraus. Indem die drei Verträge einen gemeinsamen Markt vorsehen, sprechen sie sich für eine Marktwirtschaft aus, das heißt für ein System, worin im Rahmen von Regeln, die gesetzlich festgelegt sind, ein freies Wechselspiel zwischen den Kräften des Marktes stattfindet. Die Verträge sprechen sich zugleich für den Freihandel im Rahmen eines Systems multilateraler Zusammenarbeit aus. In diesen beiden Hinsichten unterscheidet sich das System, das wir bewerten, von Grund auf von den zentralen Verwaltungswirtschaften, die Osteuropa aufgezungen worden sind.

Zweifellos haben Wirtschaftsintegration in Europa und wirtschaftliche Zusammenarbeit im Westen seit dem Krieg diese Werte wiederhergestellt und gefördert. Wir sollten uns indessen bewußt sein, daß diese Werte gegenwärtig nicht mehr unangefochten sind (sowohl innerhalb wie außerhalb). Die drei Verträge verpflichten die Mitgliedstaaten ebenfalls zu beständigem wirtschaftlichem Wachstum und zu einer (beschleunigten) Hebung des Lebensstandards. In den frühen fünfziger Jahren drückte sich in diesem Auftrag das Ja zum Wert der Wohlfahrt aus. Nachdem wir die wirtschaftliche Wohlfahrt erreicht, wenn nicht mehr als nur erreicht haben, droht diese Verpflichtung in unseren fortgeschrittenen Industriegesellschaften in eine Doktrin des Wirtschaftswachstums auszuarten. Diese Doktrin, die sich bis zu einer neuen Form der Anbetung der kollektiven Habgier versteigen kann, untergräbt bedrohlich die Werte, die wir in einem geeinten Europa fördern sollten. Sie führt unweigerlich zu einer weiteren Ausbeutung der Ressourcen und zur Zerstörung der Lebensqualität für viele.

Diese heutige Doktrin des Wirtschaftswachstums und die damit verbundene Auflösung von Grundwerten weist auch noch einen anderen Aspekt auf. Dieser tritt in unserer Besorgnis über die Energieversorgung zutage. Während vieler Jahre wurde die Hebung des Lebensstandards durch die überreiche Zufuhr verhältnismäßig billiger Energiequellen gesichert. Nun aber scheint der Zeitpunkt zu grundlegenden Entscheidungen im Hinblick auf Wohlfahrt und Selbstbeschränkung gekommen. Bis anhin hat Europa bewiesen, daß es dazu unfähig ist. Wenn Europa sich weiterhin an die Doktrin des Wirtschaftswachstums hält, so wird es voraussichtlich zu drei politischen Marschrichtungen gezwungen sein, die seine Grundwerte und seine Einigung beeinträchtigen werden: 1. zu einer Politik der großangelegten Hinwendung zur Nuklearenergie, um den Energiebedürfnissen zu entsprechen; 2. zu einer Politik der unannehmbaren Beschwichtigung der kleinen Zahl nicht-

demokratischer ölproduzierender Länder; 3. zu einer Politik der Sicherung des wirtschaftlichen Wachstums durch nichtfriedliche Mittel.

Und schließlich beeinträchtigt die Doktrin des Wirtschaftswachstums auch die Befähigung Europas, sich mit der Arbeitslosigkeit, der Inflation und der Gesellschaftsstabilität zu befassen. Es ist sehr wohl möglich, daß die Überbetonung der politischen Einheit verantwortlich ist für die mangelnde Beachtung der wirtschaftlichen Werte und für die Unfähigkeit, mit den wirtschaftlichen Problemen fertig zu werden, die seit der Schaffung der Europäischen Gemeinschaft entstanden sind.

Der Haager Kongreß von 1948 schlug auch vor, ein europäisches Kulturzentrum zu schaffen, um einem europäischen Bewußtsein Ausdruck zu geben.

Soll ein geeintes demokratisches Europa geschaffen werden, so müssen sich breite Bevölkerungskreise der kulturellen Eigenart Europas lebendig bewußt und zur Zusammenarbeit bereit sein im Bemühen, ein neues Europa zu schaffen. Dreißig Jahre nach dem Kongreß hat der Europarat beschlossen, formelle Gespräche aufzunehmen über die Gründung einer solchen Stiftung, wie der belgische Premierminister Tindemans sie vorschlug. Zwar ist in der Zwischenzeit von nichtstaatlichen Körperschaften wie zum Beispiel von der Europäischen Kulturstiftung schon viel geleistet worden. Doch ist leider zu sagen, daß die Regierungen – weil sie die wirtschaftliche, politische und zwischenstaatliche Zusammenarbeit überbetonten – die Bürger Europas und die kulturelle Seite eines geeinten Europas außer acht gelassen haben. Die Suche nach der kulturellen Identität bildet wohl eines der entscheidendsten Anliegen in den heutigen Weltzivilisationen und ist bedeutsamer als das Streben von Politikern nach regionalen Superstaaten oder weiteren Wirtschaftsräumen. Es ist an der Zeit, daß die kulturelle Eigenart Europas als die Grundlage seiner Einheit anerkannt und daß eine Einheit in der Verschiedenheit geschaffen wird, um die Einigung Europas zu inspirieren.

Schließlich noch eine Bemerkung über die Verantwortung Europas für eine soziale, wirtschaftliche und internationale Ordnung, in der sich die Menschenrechte verwirklichen lassen. Wie schon gesagt, genügt es nicht, Europa zu einigen, um dieser Pflicht nachzukommen. Es würde gewiß einen wichtigen Beitrag dazu darstellen, wenn es Europa gelänge, als eine Gesellschaft, in der ein föderatives Regierungssystem die Förderung der hier genannten Werte sicherstellen könnte, Beachtung und Hochachtung auf sich zu ziehen. Darüber hinaus muß die Verantwortung um die es hier geht, vielleicht zu Entscheidungen führen, die dem, was einige von uns für ein geeintes Europa als notwendig ansehen, widersprechen. Dazu ein paar Beispiele.

Es gibt heutzutage viele Europäer, die es für die Neun als notwendig erachten, nicht nur in öffentlichen Erklärungen, sondern auch in internationalen Verhandlungen die politische Selbständigkeit Europas gegenüber den Vereinigten Staaten zu betonen.

Eine solche Haltung ist unvernünftig und abwegig. Wie unterschiedlich sie auch über einzelne nebensächliche Probleme denken mögen, so sind die Vereinigten Staaten von Westeuropa doch Partner, so oft es um entscheidende Probleme und Werte geht. Ein sich einiges Europa sollte dementsprechend handeln und sich demgemäß organisieren.

Das Verlangen, eine solche europäische Selbständigkeit in der Weltpolitik zu manifestieren, hat in vielen Erklärungen Ausdruck gefunden, die die Neun – seit Oktober 1973 – bis anhin über die Lage im Mittleren Osten herausgegeben haben. Es ist hier nicht der Ort, den Inhalt dieser Verlautbarungen zu analysieren², obwohl eine Diskussion hierüber einigen Aufschluß darüber gäbe, für solche Werte die Europäer heute einstehen (z. B. für die Befriedung). Frage: Ist es wirklich dringend, sich zu diesem verwickelten Konflikt zu äußern? Es braucht wenig Phantasie, um einzusehen: a) Die Neun haben keine »Patentlösung« für diesen Konflikt; b) sie verfügen nicht (wie die Vereinigten Staaten) über die Macht, die Verhandlungen zwischen den beiden Ländern zu beeinflussen; c) Erklärungen von seiten dritter Länder komplizieren den Prozeß der Anbahnung des Friedens. Darum frage ich noch einmal: Warum kann Europa nicht dazu schweigen? – was offensichtlich das Beste wäre. Eine öffentliche Manifestation der Eigenständigkeit Europas steht in klarem Widerspruch zu seiner Pflicht, zur Anbahnung des Friedens in dieser Region beizutragen.

Dieses Bestreben hindert Europa auch daran, über die Schritte nachzudenken, die es unternehmen könnte. Indem sie die wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit mit allen Ländern in dieser Region verstärkt, könnte die Europäische Gemeinschaft behilflich sein, über die Waffenstillstandslinien hinaus ein Netz gemeinsamer Interessen und gegenseitiger Kommunikation zu knüpfen.

Dies führt mich zu einem dritten Beispiel. Die primäre Verantwortung Europas – wenn auch bloß wegen des Gewichts, das es als Wirtschaftseinheit und als Partner im Welthandel besitzt – liegt in dem Beitrag, den es zu einer Umstrukturierung internationaler Beziehungen leisten kann. Es verfügt über eine ausgedehnte Erfahrung in der Förderung multinationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit und im Anbahnen von Wirtschaftsbeziehungen mit vielen Drittländern. Unter diesen sind die Beziehungen Europas zu den Entwicklungsländern von höchster Bedeutung. Der Schluß des Vertrages von Lomé im Jahre 1975 stellt im Vergleich zu den vorhergehenden Assoziierungsabkommen von Yaounde einen wichtigen Fortschritt dar³.

Zur Ausarbeitung einer gemeinsamen europäischen Entwicklungspolitik bleibt indes noch viel zu leisten.

Das letzte Beispiel betrifft die Sicherheit Westeuropas. Wie schon gesagt, ist die Sicherheit nicht ein in sich bestehendes Ziel für ein sich einigendes Europa, da sie im weiteren atlantischen Rahmen gewährleistet wird. Darum fordern unsere Politiker eine größere Autonomie Europas bei seiner Verteidigung. Einige gehen so weit, daß sie behaupten, das vereinte Großeuropa der Zukunft benötige das Waffenmaterial, das zum Status einer Großmacht gehöre: Waffen zur Massenvernichtung oder eigene Nuklearwaffen. Das Argument wäre gefährlich, wenn es zu der politischen Wirklichkeit in irgendeinem Verhältnis stünde. Dies ist nicht der Fall, doch lenkt es Europa gewiß von der richtigen Einschätzung der strategi-

² Vgl. meine Veröffentlichung: *The European Community in World Affairs*. 1. The Middle East situation. Herausgegeben vom European Cooperation Fund. Brüssel.

³ Vgl. die von mir herausgegebene Veröffentlichung: *The Lomé Convention and a New International Economic Order*. Leiden 1977.

schen Weltsituation ab und von dem Beitrag, den es zu ihrer Verbesserung leisten könnte.

Als Verteidigungspartner mit den Vereinigten Staaten steht Europa der doppelten Gefahr eines unstablen militärischen Gleichgewichts zwischen Osten und Westen und eines hemmungslosen Rüstungswettlaufs gegenüber. Will man das Gleichgewicht verbessern, so muß man die militärische Integration in die NATO verstärken. Will man den Rüstungswettlauf unter Kontrolle bringen, so muß man für die Rüstungsbegrenzung und Abrüstung nachhaltiger eintreten. Statt eine Autonomie bei der Verteidigung anzustreben, sollten die Neun ihre Bemühungen koordinieren, eine Politik der Rüstungsbegrenzung auszuarbeiten. Hierbei wäre die vordringlichste Aufgabe, Frankreich zu drängen, zur NATO zurückzukehren und bei den Rüstungsbegrenzungsverhandlungen seinen Platz einzunehmen. Die Abnormität, daß Frankreich einsam außerhalb steht, hält an und wirkt sich verhängnisvoll aus⁴.

Einem neuen Europa entgegen: die Ziele, die wir zu erreichen suchen

Das Sicherheitsproblem führt schließlich zur Frage nach den Zielen, die wir zu erreichen suchen. Überleben allein kann, wie gesagt, nicht unser vorrangiges Ziel sein.

Die Wiedergewinnung von Großmächteinfluß ist unrealistisch, es wäre eine Zielsetzung, die Europa entzweit. Es hat, primär als eine Folge des Gaullismus der sechziger Jahre, die Pseudoreligion des Nationalismus wieder aufleben lassen. Die Wirtschaftsintegration hat uns der politischen Einheit nicht näher gebracht, sondern Europa mit der gleichfalls gefährlichen Pseudoreligion des Wirtschaftswachstums konfrontiert. Als Christen sollten wir über diese beiden Pseudoreligionen, denen die Europäer gegenwärtig anzuhanen scheinen, sehr besorgt sein. Als Pseudoreligionen züchten sie Idolatrie. Unsere moderne Idolatrie besteht in einer neuen Form der Anbetung der kollektiven Macht und der kollektiven Habsucht des Menschen.

Macht muß heute kritisch beurteilt werden. In politische Organisation umgesetzt, ist der demokratische Föderalismus wahrscheinlich der wichtigste Beitrag, den Europa leisten kann.

⁴ Vgl. meine Veröffentlichung: *The European Community in World Affairs. 2. Arms Control and Disarmament*. Herausgegeben vom European Cooperation Fund. Brüssel.